

Brasilien

KRISE MIT ZUKUNFT

5 Brasilien, das "Schwellenland" par excellence, das mit seinem Wirtschaftswachstum (jährliche Zuwachsraten von 8-10%) für internationale Kapitale zu den schönsten Hoffnungen Anlaß gab, ist ins Gerede gekommen. Kaum entlassen VW do Brasil und Mercedes einen Teil ihrer Arbeiter, entdeckt die Presse "das Ende des brasilianischen Wirtschaftswunders" und macht dem Leser klar, nach welchem Maßstab Ökonomien der "Dritten Welt" beurteilt werden:

10 "Das Land steht vor dem Bankrott. Inflation und Zinsen galoppieren. Der Cruzeiro wird täglich schwächer. Pleiten und Massenentlassungen häufen sich, auch deutsche Firmen sind schwer angeschlagen." (manager-magazin 10/81)

Land und Leute dort haben nützlich zu sein für bundesrepublikanische Interessen.

15 Folgerichtig werden dann Geschäftsschwierigkeiten von (deutschen) Kapitalisten zu einer Krise des brasilianischen Staates, und alles das, was wie Auslandsverschuldung, Inflation oder Massenarbeitslosigkeit schon bisher zu den charakteristischen Merkmalen der Ökonomie Brasiliens gehörte, wird nur deshalb plötzlich zu störenden Faktoren erklärt, weil es sich nicht mehr so umstandslos für den eigenen, bundesdeutschen Profit benützen läßt. Die öffentliche Aufregung wird deshalb auch durchaus von nüchternen Stimmen begleitet, die es zu schätzen wissen, daß Brasilien "trotz allem" eine lohnende Anlagesphäre für ausländisches Kapital bleibt:

20 "Das Länderrisiko Brasilien eskaliert... Nun ist es freilich nicht so, daß etwa zum Rückzug geblasen würde. Im Gegenteil..." (Börsenzeitung)

"Trotz manchen Stirnrunzeln der Banken ist es Brasilien gelungen, bis Ende Juli 1981 bereits 10 Mrd. seines auf 14-15 Mrd. Dollar geschätzten Finanzierungsbedarfs für 1981 an Krediten zur Verfügung gestellt zu bekommen." (Finanzierung und Wirtschaft)

25 ***Akkumulation als staatliches Projekt***

30 Was ist nun wirklich los mit der brasilianischen Wirtschaft? Die Konsumgüterindustrie für den brasilianischen Binnenmarkt - vor allem Elektro- und Autobranche - verzeichnet eine "stagnierende Nachfrage" und macht dafür die neue "restriktive" Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates verantwortlich. Antonio Delfim Neto, derselbe Mann, der seit dem Militärputsch von 1964 die Symbolfigur des brasilianischen Booms ist, dessen erklärtes Ziel es war und ist, Brasiliens Ökonomie mittels Staatsschulden den Übergang vom "Schwellenland" zum "Industrieland" zu ermöglichen, "zieht jetzt die Bremse":

5 “Delfim hatte 1980 die Konjunkturbremse nicht wirksam genug angezogen. Die Preissteigerungen erreichten im März 81 mit 121% ihre Rekordmarke. Inzwischen hat der Chefplaner durch Verteuerung der Kredite, Kürzung der Staatsausgaben, Abbau der Subventionen und Freigabe kontrollierter Preise (vor allem für Lebensmittel) die Restriktionsphase eingeleitet. So konnte er die Kreditgeber im Ausland von der ernsthaften Absicht überzeugen, die Wirtschaft zu sanieren.” (Süddeutsche Zeitung)

10 Brasiliens Anstrengungen zum Aufbau einer nationalen Industrie, um benötigte Güter nicht mit kostbaren Devisen einführen zu müssen, sowie die gigantischen Projekte zur Schaffung einer “Infrastruktur”, um ausländische Kapitalanleger ins Land zu holen, führten zur immer höheren Verschuldung auf den internationalen Kapitalmärkten und zwar Schulden in harten Devisen, DM und Dollar. Mit Cruzeiros ist nun mal nicht an die Maschinen heranzukommen, die zum Bau von Straßen, Kraftwerken, Telefonanlagen, Ölpipelines etc. gebraucht werden, damit ein Land, das nur (!) über die “reichsten Naturschätze der Welt” verfügt, überhaupt einige “infrastrukturelle” Voraussetzungen zuwege bringt, um Kapital ins Land zu locken. Brasilien ist mit dieser Politik schon länger der Entwicklungsländermusterknabe, der sich gemäß der von Reagan in Cancun erneuerten Forderung so zurichtet, daß ausländische Kapitale dort einsteigen.

15 Die unmittelbare Folge: Der Schuldendienst für die von Brasilien in Gang gesetzten Entwicklungsprojekte des eigenen Landes, d.h. allein die fälligen Zinsen zusammen mit den für die Öleinfuhren erforderlichen Devisen, hatte 1980 die Höhe sämtlicher Exporterlöse überschritten. Die deshalb direkt drohende internationale Zahlungsunfähigkeit bewog die brasilianische Regierung zu dem oben zitierten Bündel von Einsparungen beim Staatsetat, um überhaupt weiter Kredite zu bekommen.

20 Das interne Streichen aller staatlichen Projekte, die nicht unmittelbar auf *auswärtiges* Interesse am “Wirtschaftswachstum” Brasiliens reflektieren, wird von Neto für notwendig erachtet, “um Brasiliens Souveränität nicht zu gefährden” (Süddeutsche Zeitung). Er kommt den üblichen Auflagen des IWF also nicht zuvor, weil er sich nun endgültig zum willfährigen Rohstofflieferanten herrichten möchte, sondern grad weil er mit diesem Entschluß am staatlichen Ideal einer eigenständigen Wirtschaft festhält, wofür nun einige Opfer zu erbringen sind. Dem auswärtigen Beobachter kommt es aufs Resultat an, *Absichten* bleiben den Brasilianern unbenommen.

30

“Dadurch, daß der brasilianische Staat das Ideal einer nationalen Akkumulation verfolgt, indem er jeden Anleger kreditiert, wenn er nur ein Stück brasilianische “Wirtschaftsmacht” ins Werk setzt - und auch die Staatsbeteiligung an neuen Unternehmungen ist eine per Verschuldung vollzogene Kreditierung des Geschäfts -, sucht er die nicht vorhandene Kalkulationsgrundlage

für das Kapital zu *erzeugen*, damit eine Erweiterung der unter seiner Herrschaft stattfindet. Dies ist seine moderne, auf eine lange Tradition zurückblickende “Reaktion” auf die eigene Geschichte: die “*natürlichen Reichtümer*” Brasiliens sind für ihre Benützer noch nie im Rahmen einer nationalen Akkumulation zu *wirklichem Kapital* geworden, sondern stets dadurch, daß sie - ob agrarische oder Industrieerzeugnisse oder Rohstoffe - dem Weltmarkt zur Verfügung gestellt wurden.

Und aus der jährlich um einige Milliarden steigenden Verschuldung Brasiliens läßt sich entnehmen, daß das “Projekt Brasilien”, wie es seine nationalen Idealisten schon seit geraumer Zeit handhaben und voranbringen, im Sinne der ökonomischen Wahrheit des Imperialismus fortschreitet und scheitert zu gleich - der Wahrheit, daß fremde Armut immer eine gute, eigener Mangel aber die denkbar schlechteste Geschäftsgrundlage einer Nation darstellt. Soviel ist nämlich sicher: Die Kreditierung aller möglichen Importe, Exporte und Kapitaltransfers, mit der brasilianische Planer aus ihrer Nation eine brauchbare ökonomische Potenz erst noch *herstellen* wollen, stellt in allen Fällen ein *Angebot* dar, dessen Akzeptierung nicht von den Kriterien des brasilianischen Staats abhängt - und dessen *Erfolge* auch nicht die seinen sind. In den *Resultaten* seiner “Aufbauleistungen” wird er deshalb auch - und zwar stets auf erweiterter Stufenleiter - mit dem Ausgangspunkt seiner Bemühungen konfrontiert.” (“Resultate” Nr. 6, “Imperialismus 3, Brasilien”, S. 224)

Sparprogramm auf brasilianisch

Eine energische Offensive des Exportland wirtschaftlicher und sonstiger Rohstoffe, der die Haupteinnahmequelle Brasiliens bildet, brachte 1981 eine Steigerung der Exportvolumina um 30%: Neben den traditionellen Produkten Kaffee, Kakao, Eisenerz wurden die Anbauflächen durch staatliche Anreize wie Aufhebung der Bardepotpflicht, Minderung der Exportsteuern, Zollerleichterungen etc. für Soja und Zuckerrohr so gesteigert, daß zum einen nahezu alle einfachen Grundnahrungsmittel im Lande nicht mehr genügend angeboten werden, und die durch die neue großindustrielle Agrarproduktion erwirtschafteten Devisen sind natürlich viel zu schade, um damit braune Bohnen, das, Haupt-Arme-Leute-Essen, zu importieren; zum anderen stagnieren wieder einmal, und eben gar nicht zufällig, die Weltmarktpreise wegen der Rekordernte Brasiliens, so daß letztendlich der gesteigerte Export nicht entsprechend mehr Devisen eingebracht hat. Trotzdem reichen diese enormen “Anstrengungen der Landwirtschaft hin, um Brasiliens Leistungswillen zu demonstrieren”, als vertrauensbildende Maßnahme sozusagen.

Weil nach wie vor Produktionsmittel bzw. ganze Industrieanlagen nur im Ausland zu haben sind und der Absatz der eigenen Produkte und Rohstoffe von den Bedingungen der Nachfrageländer abhängt, wird der Devisenerwerb von einem Neben- zu einem Hauptzweck: In seinem Bemühen, die nationale Akkumulation überhaupt erst zu bewerkstelligen und über alle Hindernisse hinwegzuhieven, schiebt der brasilianische Staat alle Ideale eines ausgeglichenen Haushalts beiseite und kreditiert an allen Ecken und Enden devisenträchtige Geschäfte - Ziel der immer neuen Kreditvergabe bzw. staatlichen Verschuldung: harte Devisen, um wenigstens bei den Zinsen

nachzukommen. Während der BRD-Staat sein Einkommen erhöht, wenn Waren made in Germany in die ganze Welt gehen, indem er einen Teil der Erlöse (durch Computer und nicht Sojabohnen) seiner Exporteure abschöpfen kann, da diese Waren einen Überschuß über den nationalen Bedarf darstellen, muß der brasilianische Staat den Export seiner Produkte durch seine Maßnahmen erst
5 zum Geschäft machen, indem er auf Einnahmen verzichtet. Ein Beispiel: Damit ein Plantagenbesitzer seine Produktion auf Soja umstellt oder die Kaffeefelder vermehrt, gibt ihm der Staat billige Kredite und garantiert ihm gerade wegen des Mechanismus der Rohstoffbörsen (wo die Industrieländer je nach ihrem Bedarf die Preise bestimmen und die Rohstofflieferanten durch ihr steigendes Angebot die Preise drücken lassen müssen) seinen Gewinn: Die nationale
10 Kaffeebehörde kauft zu einem bestimmten Preis auf oder offeriert den Exporteuren entsprechende Steuererleichterungen, so daß die Nationalbank schließlich Devisen bekommt - nur, wofür eigentlich? Die erzielten Einkünfte werden den Benzinimporteuren zur Verfügung gestellt, rüber neue Staatsbeteiligungen ‚in die Wirtschaft gesteckt‘ oder sie dienen gleich direkt der Zinsentilgung für die Staatsschulden bei der Chase Manhattan Bank.

15 “Staatsbankrott” in Brasilien ist also sicher keine neue Erscheinung - im Gegenteil: Der Fortgang der nationalen Wirtschaft beruhte während der ganzen Jahre des “Wirtschaftswunders” darauf, daß der Staat auf Einnahmen verzichtete bzw. die Cruzeiro-Druckpressen ununterbrochen in Gang hielt und so seine permanent leeren Kassen wieder auffüllte. Um aus diesem “Teufelskreis”
20 herauszukommen und “endgültig” die Inflation “einzudämmen”, verordnete sich die brasilianische Regierung ihr Sparprogramm: Staatliche Investitionen in laufenden Projekten werden gekürzt, keine Neugründungen von Staatsfirmen, Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst; Drosselung des staatlichen Imports um 1/3 (worunter natürlich auch Lebensmittel für die Bevölkerung zählen), Streichung von Lebensmittelsubventionen (was sofort die Preise in die Höhe schnellen ließ)

25 ***Investieren, wo es sich lohnt***

Lediglich Großprojekte, die als Joint ventures mit ausländischen Firmen durchgeführt werden, wie Itaipu (größtes Wasserkraftwerk der Welt), Carajas (das lukrative Langzeitprojekt zur
30 Erschließung der größten Eisenerzlager der Erde) und das Energiesubstitutionsprogramm mit dem Atomkraftwerksgeschäft mit der BRD und der staatlichen Erdölfirma Petrobras werden in voller Höhe beibehalten (immerhin 70% der gesamten Investitionen), womit die Junta kundtut, wofür sie sich auch weiterhin verschulden will und wie gut sie sich Reagans neue Prinzipien zur
Entwicklungshilfepolitik zu Hernen nimmt: Nachdem die Ami-Banken deutlich zum Ausdruck brachten, daß sie nicht bereit sind, Brasilien (als den größten Schuldner aller Entwicklungsländer)
35 bevorzugt zu behandeln und dem Land für seine “ehrgeizigen” Entwicklungsprojekte Geld zu schenken in Form von “weichen”, d.h. niedrig verzinsten Krediten, konzentriert sich die Junta auf die wirklich lukrativen Projekte, die Brasilien als Anlagesphäre für multinationale Kapitale auf dem Rohstoffsektor attraktiv bleiben lassen, wozu die Alimentierung der Bevölkerung mit bezahlbaren Lebensmitteln augenscheinlich nicht gehört. Darein fügt sich auch eine
40 Reprivatisierungskampagne von Staatsbetrieben, die an private Interessenten zu niedrigen Preisen verkauft werden sollen (denn sonst kauft sie keiner) und zu denen (zwecks Erhöhung der Verkaufsattractivität) auch gutgehende Firmen z.B. aus der Tourismusbranche gehören. Diese

Ausgabenkürzungen verbessern nur vordergründig die Finanzsituation des brasilianischen Staates: Beschneidet das Wirtschaftsministerium den staatlichen Betrieben, die ca. 50% des jährlich erwirtschafteten Reichtums erbringen, die Gelder, bewirkt dies bei all den kleinen privaten Zulieferfirmen und Dienstleistungsbetrieben, die von staatlichen Aufträgen abhängen, einen Rückgang der Produktion, so daß dieser Ausgabenverminderung sofort auch eine Einnahmenverminderung des Staatsbaubaltes auf dem Fuße folgt.

Neue, kräftige Cruzeiroabwertungen in garantierten, regelmäßigen Intervallen gemäß der inländischen Inflationsrate erleichtern den multinationalen Konzernen (die unter "sanftem Druck" Brasiliens schon längst in das Exportgeschäft mit den Rohstoffen eingestiegen sind) das Umgehen mit der Inflation, ebenso wie die Freigabe der letzten staatlich kontrollierten Preise und Kreditzinsen. Kosten eines ausländischen Anlegers, die in Cruzeiros anfallen, wie Löhne, Benzin, Strom etc. werden im Verhältnis zum Dollar billiger; und die inländische Abwertungsrate läßt sich eh auf den Preis des Endprodukts einkalkulieren. Durch die Freigabe der Pharmapreise konnte Hoechst 1980 "endlich einen Jahresüberschuß von 622 Mio. Cruzeiros zustandebringen" (Börsenzeitung). Und solange dieser Profit noch nicht ins Dollar- oder DM-Ausland transferiert ist, garantiert die brasilianische Regierung den Schutz vor dem Währungsverfall, indem sie alle Bankguthaben von Ausländern parallel zum Ansteigen der Inflationsrate ,aufwertet'. Die Freigabe der bisher staatlich limitierten Kreditzinsen - sie lagen unterhalb der Inflationsrate, so daß das private Geldanlegen praktisch zum Erliegen kam und der Staat Kredite mit für ihn negativen Zinssätzen vergab (bei Zinssätzen von 90% und einer 100%igen Inflation macht vor allem der Kreditnehmer ein Geschäft) - ließ diese sofort auf 150% ansteigen, so daß das Geldverleihen wieder zu einem privaten Geschäft gemacht worden ist. Wer sich diese enormen Zinssätze von effektiv 30-40% noch leisten kann, ist de facto entschieden.

"Satt mit Eigenkapital ausgestattet, können Unternehmen wie Voith oder Dürr, Siemens oder Mercedes-Benz ohne existenzielle Not schon mal auf die Verzinsung verzichten."

Der brasilianische Staat nimmt es bei seiner nationalen Sanierungspolitik in Kauf, daß kleinere *brasilianische* Firmen kaputtgeben, während gerade gegenüber dem ausländischen "Risikokapital" die Angebote vergrößert werden, risikofrei zu investieren: Während wegen der verordneten Devisenersparnis Importe allgemein durch neue Steuern verteuert wurden, wurde den Lieblingsfirmen der Junta zugesichert, ganze Fertigungsanlagen zoll- und importsteuerfrei einführen zu können. Die Konkurrenzsituation der ausländischen Firmen verbessert sich also durch das forcierte Verdrängen inländischer Kapitalisten (deren Interessenverbände denn auch zu den schärfsten Kritikern des Regiernngskurses zählen), die neuen Abschreibungs- und Steuererleichterungen etc. - und seit wann sind (wie bei VW oder Daimler-Benz) geringere Zuwachsraten beim Gewinn ein Grund, sich aus einem Investitionsland zurückzuziehen? Entsprechend der Optimismus bei VW do Brasil, dessen Betriebsleiter Sauer ("ein Mann, der 30 Jahre in der beruflichen Karriere von Erfolg zu Erfolg schritt und bei seinem Freund Delfim Neto ohne Anzuklopfen ein- und ausgeht") verlauten läßt: "Was mich nicht umwirft, macht mich stärker. VW kommt wieder. Ich (!) fahre diesen Laden wieder frei."

Wie sich Sparpolitik und Liberalisierung der Geldpolitik auf die Bevölkerung auswirkt, ist auch kein Rätsel: Massenentlassungen und Umsatzstagnation der Konsumgüterbranche machen derneit einen weiteren Teil der Brasilianer überflüssig; sie werden zur Entwicklung des Landes nicht

mehr gebraucht und fallen dem Hunger anheim, der in der Presse gemäß der Zensur als “Mangelernährung” auftaucht. Denjenigen, die weiter arbeiten dürfen, wird neuerlich gezeigt, was Kaufkraftverlust heißt: Löhne werden nur noch ½-jährlich der Inflation angepaßt und dann weit unterhalb der Inflationsrate; Lebensmittelpreise steigen so sehr, daß die “Süddeutsche Zeitung” vermelden konnte, “Großstädter backen ihr Brot wieder selbst, da sie es sich nicht mehr kaufen können.” Die Gewerkschaften haben schon auf ihre Weise auf diesen ungeheuren Verelendungsschub reagiert: Selbst Kämpfe um Erhalt der Arbeitsplätze (wo es schon um höheren Lohn nicht mehr geht) wurden eingestellt. Zur Zeit herrscht Friedhofsruhe bis auf lokale Hungeraufstände mit Plünderungen in den Automobilstädten. “In Brasilien wird wieder (!) gehungert - auch verhungert. Hunderttausende bieten sich an, sogar unter dem staatlich garantierten Mindestlohn von 230 DM zu arbeiten.”

Dennoch ist die vom “manager-magazin” besorgt gestellte Frage: “Droht in Brasilien ein Aufstand der Arbeitslosen?” nicht mehr als rhetorisch gemeint - da ist, und nicht zuletzt deswegen ist Brasilien ja für ausländisches Kapital so ,risikofrei‘, die Militärjunta davor.

15 **Fazit**

Brasilien steckt nicht mehr, aber auch nicht weniger in der Krise als früher; Erstmals mußte der Staat jedoch auf Druck der imperialistischen Geldgeberbanken seine bisher steigenden staatlichen Geldausgaben kürzen, wurde ihm klargemacht, was seine Rolle in der “Weltwirtschaft” ist, die ihm zugestanden wird: Brasiliens hochfliegende Träume vom selbständig operierenden Land, das seine Ressourcen zur Entwicklung einer nationalen Reichtumsverfügung verwenden kann, wurden zurechtgestutzt. Die “Industrieländer” sind nicht bereit, seine Anstrengungen zu finanzieren, in den Kreis der Ihren aufgenommen zu werden, vielmehr darf Brasilien den Abtransport seiner erschlossenen und unerschlossenen “natürlichen Reichtümer” verstärkt organisieren und die nötige “Infrastruktur” bereitstellen, damit ausländische Kapitale dies auch ordentlich erledigen können. Eine inländische Konjunktur und Absatzmöglichkeiten für Konsumgüter verdanken sich eben in Brasilien der Bereitschaft des ausländischen Kapitals, auf die Angebote der brasilianischen Regierung einzusteigen - indem sich Brasilien jetzt hauptsächlich als Rohstoffland interessant macht und z.B. die Erdölprospektion mit Hilfe von US-Firmen vorantreibt, hält es an seinem alten Plan eines “großen Brasilien” fest. Und damit an seinem Ausgangspunkt: Mit viel Schulden und Auslandskapital die nationale Wirtschaft aufbauen. Damit sind auf jeden Fall 2 Sachen garantiert: 1. Es lohnt sich, in Brasilien zu investieren. 2. Die nächste Krise ist schon immer da.

35

Ein Held des freien Westens

5 “Helder Camara gehört zu den prominentesten, aber auch umstrittensten Kirchenführern Lateinamerikas. Die brasilianische Militärregierung stempelt ihn als ‚roten Bischof‘ ab, als verkappten Kommunisten. Seine Anhänger dagegen rühmen Camara, 72, als mutigen Kämpfer für die Menschenrechte. Nach der Priesterweihe 1931 stand er eine Zeitlang den faschistischen ‚Grünhemden‘ nahe. Dann, als Beamter im Erziehungsministerium in Rio, besuchte er die Armenviertel und wurde zum Reformier. Von 1952 bis 1964 war Camara Weihbischof von Rio, dann wurde er Erzbischof von Olinda und Recife in rückständigen Nordosten Brasiliens.” (Spiegel, 2.11.81)

10 Es ist schon merkwürdig: Nur weil ihn die eigenen Oberen - weltlich und nicht - nicht leiden mögen, gerät jemand in den Verdacht, ein kleiner heimlicher Kommunist zu sein. Den Ruf, ein unbarmherziger Kritiker der brasilianischen Militärs und vehementer ‚Vertreter der Interessen der Armen zu sein, hat Camara ausschließlich, weil ihn die Junta in seinem Staat trotz aller staatsfrommen Äußerungen für einen gefährlichen Mann hält, dessen massenbesorgtes Wirken vorsorglich eingeschränkt gehört. Aus seinen Taten - wo hat er je die Massen gegen ihre

15 Unterdrücker und kapitalistischen Ausbeuter aufgehetzt und sie dabei unterstützt? - und Worten jedenfalls läßt sich sein Renommee nicht herleiten. Eher schon eine geradlinige Biographie. - Beliebte hierzulande sind also Theologen der Befreiung, weil sie das Elend in Lateinamerika thematisieren, ohne daß mehr dabei herauskommt als ein müdes So-geht-es-nicht; dafür aber auf jeden Fall das gute Gewissen desjenigen, der sich ein schlechtes ob der Frage macht, wie

20 unzulänglich und ‚menschenverachtend‘ doch die Staatsmacht in fremden Ländern sei. - Camara ist für dieses Geschäft ein prominenter Stichwortgeber, durchaus auf den Höhen des Zeitgeistes.

1. Pharaonische Staatsgewalt verschleudert menschliche Energie:

25 “Sehr oft hat die Regierung Pharaonische Projekte, etwa zur Elektrizitätsgewinnung. Staudämme werden gebaut, ohne die Leute zu fragen, deren Land durch den Stausee überflutet wird. Deshalb marschieren wir mit Hunderten von Menschen zur Regierung und sagen: Wenn Ihr elektrische Energie braucht, dann ist das in Ordnung, aber respektiert auch diese menschliche Energie hier, denn dies alles sind Kinder Gottes.”

2. Kritik: Die Militärs beten den falschen Gott an.

30 “Wenn man die nationale Sicherheit als höchsten Wert festsetzt, dann ist das unserer Meinung nach Götzenverehrung. Es gibt nur einen höchsten Wert, nämlich Gott.”

3. Das Schöne an den Massen: Sie tragen das Kreuz Christi!

35 “Nichts gegen Prozessionen!... Was uns an Christus interessiert, ist die Passion. Aber heute seid ihr die Unterdrückten, ihr seid Christus, und ihr tragt die schweren Kreuze. Ich liebe die Volksfrömmigkeit sehr, wenn sie richtig verstanden wird.”

4. Gewalt? Zu einfach!

“Es wäre viel leichter, gewaltsam zu reagieren, als passiven Widerstand zu leisten. ... Ja, die aktive Gewaltlosigkeit erfordert mehr innere Kraft als die Gewalt. Ich sage den Menschen in den Elendsvierteln: Eure Waffe ist eure Einheit..., Also demonstriert und singt, singt, singt!”

5 5. Was tun? Ökumenisches Aktienkapital!

10 “In England, der Bundesrepublik und der Schweiz traf ich zum Beispiel junge Leute, die Aktien von Multis kauften... In den USA gibt es jetzt ökumenische Organisationen, die Geld in multinationale Unternehmen investieren, um dort Einfluß zu nehmen. Sie fordern klare Auskünfte über die Herkunft der Profite.”

6. Wo steht der Hauptfeind?

15 “Sie werden sehen, das russische Volk, das sehr mystisch ist, wird nicht immer einer im Grund antirussischen Partei unterworfen bleiben. ... in den kommunistischen Ländern ist es noch schlimmer, da darf man nicht mal denken.”